

Redaktioneller Teil

Bekanntmachung

betr. Rabatt für Börsenblatt-Inserate.

Mit Wirkung vom 1. Oktober 1928 ab gilt bei Vorausbestellung einer größeren Anzahl von Anzeigenseiten selbst bei wechselndem Text folgende Preisermäßigung:

13—25 ganze Seiten	5%,
26—51 ganze Seiten	7½%,
52 und mehr ganze Seiten	10%.

Abnahme auch in halben und viertel Seiten gestattet, zu den für ¼ und ½ Seiten festgesetzten Preisen.

Abnahmezeit 12 Monate.

Ausgenommen hiervon bleiben Titelseite und Bestellzettel.

Liefert der Inserent Mater oder Platte, so wird außerdem noch vergütet:

für eine ganze Seite	Mk. 11.—,
für eine halbe Seite	Mk. 5.—,
für eine viertel Seite	Mk. 2.25.

Die gleiche Extravergütung wird gewährt für die unveränderten Abdrücke (zweiter und folgende) eines von vornherein für mehrmalige unveränderte Aufnahme aufgegebenen Inserattextes.

Leipzig, den 10. September 1928.

Geschäftsstelle des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig.

Dr. Heß, Generaldirektor.

Zur Wirtschaftslage.

Von Prof. Dr. G. Menz.

[Herbstversammlungen — Konjunkturberichte — Graphische Industrie.]

Beim Erscheinen dieser Zeilen rüstet sich der deutsche Buchhandel bereits zu seiner Herbstversammlung in Königswinter am schönen Rhein. Es ist die erste Herbstversammlung, die nicht mehr vom alten Verband der Kreis- und Ortsvereine, sondern vom Börsenverein unmittelbar veranstaltet wird. Sie fällt in eine Zeit, in der auch sonst allerlei große Verbandsversammlungen stattgefunden haben und noch in Vorbereitung sind. In Köln hat, um nur ein Beispiel zu nennen, eben erst ein internationaler Buchdruckerkongreß stattgefunden. Wirtschaftlich, insbesondere wirtschaftspolitisch bedeutungsvoller war der Gewerkschaftskongreß in Hamburg. Das gilt auch für die englische Gewerkschaftstagung vorher und die internationale in Brüssel. Zuletzt hat vor allem der Bankiertag in Köln die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Hier ist im Anschluß an sehr beachtliche, die allgemeine Wirtschaftslage und insbesondere die Frage der Kapitalbildung in Deutschland behandelnde Referate nachstehende Entschliebung angenommen worden:

»Ohne eigenes Kapital gibt es für die deutsche Wirtschaft keine Entwicklungsfähigkeit und keine Unabhängigkeit. Um diese zu gewinnen, bedarf Deutschland dringend der Neubildung von Kapital in einem weit größerem Umfange, als wir es bisher erreichten. In dem Verlangen nach Anwendung aller geeigneten Mittel zur Förderung der Kapitalbildung weiß sich der Bankier-

tag mit den breitesten Bevölkerungskreisen ohne Unterschied der politischen Grundeinstellung einig. Er hält es jedoch für ein Übel, auf der einen Seite die Kapitalbildung fördern zu wollen und doch gleichzeitig die Kapitalbildung als solche zu bekämpfen, das Privateigentum unter dauernder Bedrohung zu halten und die Privatunternehmungen mehr und mehr durch Betriebe der öffentlichen Hand zu verdrängen.

Die derzeitige Höhe der Steuerlast übersteigt vielfach die Grenze des wirtschaftlich Erträglichen. Sie muß durch eine bessere Verteilung zwischen direkten und indirekten Steuern, durch eine Beseitigung wirtschaftlich schädlicher Steuerarten und durch eine Milderung besonderer Steuerhärten erträglich gemacht werden. Für die Einkommensteuer ist namentlich die Rückkehr zum Dreijahresdurchschnitt, mindestens aber die Zulassung eines Verlustvortrages nach englischem Muster zu befürworten. Der Gedanke einer Vermögenszuwachssteuer ist zu bekämpfen, weil diese Steuer der Kapitalbildung unmittelbar entgegenwirkt. Die Börsenumsatzsteuer hemmt in der jetzigen Höhe den Kapitalverkehr. Dem Verlangen aller wirtschaftlichen Kreise nach Beseitigung des Steuerabzugs vom Kapitalertrag muß endlich entsprochen werden.

Zum Zwecke der Gesundung des Finanzwesens ist nicht nur eine grundlegende, sondern vor allem auch eine beschleunigte Reform des Verhältnisses zwischen Reich, Ländern und Gemeinden im Sinne einer Stärkung der Reichsgewalt auf finanzwirtschaftlichem Gebiet erforderlich. Die Ausgabenwirtschaft des Reichs, der Länder und Gemeinden muß einheitlich ausgestaltet und hierbei auch Vorsorge dafür getroffen werden, daß der Allgemeinheit ein Einblick in die wirtschaftlichen Unternehmungen der öffentlichen Hand rechtzeitig ermöglicht wird. Der Bankiertag billigt die Bestrebungen, die Verwaltung der öffentlichen Gelder weitestmöglich zu konzentrieren. Der berechtigte Wunsch, eine Festsetzung der Reparationsschuld herbeizuführen, darf keineswegs zur Übernahme einer Belastung von unerträglichem Ausmaß verleiten.

Die Entschliebung faßt in wirksamer Form Forderungen erneut zusammen, die von der Wirtschaft längst und immer und immer wieder erhoben werden. Werden sie endlich beachtet und erfüllt werden? Der neue Reichstag steht vermutlich vor der Aufgabe, für etwa 600 Millionen Mehrbedarf Deckung zu schaffen. Am 1. September hat das sogenannte Normaljahr des Dawesplanes begonnen. Die Belastung Deutschlands wird also größer. Angesichts dessen muß endlich die Einsicht siegen, daß mit Reden allein nichts mehr zu erreichen ist; es müssen nun endlich einmal Taten kommen. Nur eine grundsätzliche Änderung der Haltung der Verantwortlichen dieser Lage gegenüber kann Besserung in Aussicht stellen. Auf einen sehr bezeichnenden Mißstand macht der Septemberbericht des Bankhauses Hagen & Co., Berlin, aufmerksam, indem er gewisse Methoden der Verwaltung der öffentlichen Gelder beleuchtet:

Unrationell scheinen beispielsweise die Umwege zu sein, die die Hauszinssteuermittel zu machen haben. Obwohl die Hauszinssteuergelder den ganzen Winter hindurch angesammelt werden können, werden sie doch den Baulustigen vielfach erst in der Spätsaison des Baujahres spärlichst zur Verfügung gestellt. Ein wahres Labyrinth haben ferner die Arbeitslosengelder zu durchlaufen. Die von den örtlichen Krankenkassen erhobenen Beiträge fließen an die Arbeitsämter und weiterhin an die Landesarbeitsämter, um sich endlich in Berlin zu sammeln. Von hier aus nehmen dann die Gelder den umgekehrten Weg, um nach weiter Reise und anscheinend langem Aufenthalt auf den Zwischenhaltstellen endlich wieder an die örtlichen Bedarfsstellen geleitet und dort ausgezahlt zu werden. Wenn auch neuerdings getroffene Anordnungen den Weg der Arbeitslosengelder etwas abgekürzt haben, so scheinen doch noch im Auf und Ab der Wanderung Millionen von